Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 93 (2013)

Heft: 1012

Artikel: Nur öko ist nicht nachhaltig

Autor: Wehrli, Rudolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-737181

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

1 Nur öko ist nicht nachhaltig

Schon Wilhelm Tell wusste, was nachhaltiges Handeln ist. Heute ist das Wort in aller Munde, seiner vollen Bedeutung aber sind wir uns kaum bewusst: «Nachhaltigkeit» ist ein komplexer ökonomisch-sozio-ökologischer Dreiklang. Den Grundton muss die Ökonomie angeben, denn Nachhaltigkeit ist wirtschaftlich oder sie ist nicht.

von Rudolf Wehrli

Rudolf Wehrli
ist Verwaltungsratspräsident des Chemiekonzerns Clariant und u.a. Verwaltungsrat der Kambly SA. Er wurde an der Universität Zürich mit einer Arbeit über Franz Overbeck in Theologie und mit einer Arbeit über Georg Christoph Lichtenberg in Philosophie und Germanistik promoviert.

1. Einleitung

Der Begriff der Nachhaltigkeit hat Konjunktur. Von der aufstrebenden grünen Partei vor etwa zwanzig Jahren erfolgreich in die politische Debatte eingeführt, wurde er bald im gesamten linken politischen Spektrum zu einem zentralen Begriff der Zähmung der Wirtschaft. Und obwohl ihm daher immer noch das Image eines links-grünen Begriffs anhaftet (wobei vergessen geht, dass einzelne Exponenten bürgerlicher Parteien ihn gleichzeitig ins Spiel brachten), ist er spätestens seit der Jahrtausendwende auch in der Wirtschaftswelt zu einem Leitbegriff erhoben worden. Zahlreiche Unternehmen, insbesondere Publikumsgesellschaften, erarbeiten im Rahmen ihres Geschäftsberichtes einen «Sustainability Report» oder publizieren einen solchen sogar als eigenständigen Bericht, der in Inhalt und Erscheinungsbild dem Geschäftsbericht durchaus ebenbürtig ist. Indessen: trotz dieser beeindruckenden Karriere in den letzten Jahren ist der Begriff immer noch sehr stark und einseitig vom Aspekt der Ökologie geprägt, obwohl er eine viel umfassendere Bedeutung auch im ökonomischen und sozialen Sinne in sich trägt. Ein Blick auf seine Geschichte soll dies erläutern.

2. «Nachhaltigkeit»: vor 300 Jahren in der Forstwirtschaft eingeführt

Im deutschen Sprachraum lässt sich der Begriff der Nachhaltigkeit zum ersten Mal im Jahre 1713 nachweisen, und zwar in einer Schrift zur Forstwirtschaft. Der sächsische Forstbeamte Carl von Carlowitz (1645–1714) schrieb in seiner «Sylvicultura oeconomica» den zentralen Satz, «...dass es eine continuierliche, beständige und nachhaltende Nutzung gebe, weil es eine unentbehrliche Sache ist, ohne welche das Land in seinem Esse (i.e. Dasein) nicht bleiben mag». Der Satz bringt eine Einsicht auf den Punkt, die in der Landwirtschaft nicht weniger als in der Forstwirtschaft seit Jahrhunderten präsent war: das Bewusstsein nämlich, dass dem Wald und der Natur als Bedingung der Möglichkeit künftigen Lebens und Wirtschaftens Sorge zu tragen sei – auch im Interesse des Menschen; es ist das Bewusstsein, das knappe hundert Jahre nach Carlowitz Wilhelm Tell seinem Sohn Walter in Schillers Worten die Schutzfunktion des Waldes erklären lässt: «So ist's, und die Lawinen hätten längst / den Flecken Altdorf unter ihrer Last / verschüttet, wenn der Wald dort oben nicht / als eine Landwehr sich dagegenstellte.» (Wilhelm Tell, 3. Akt, 3. Szene)

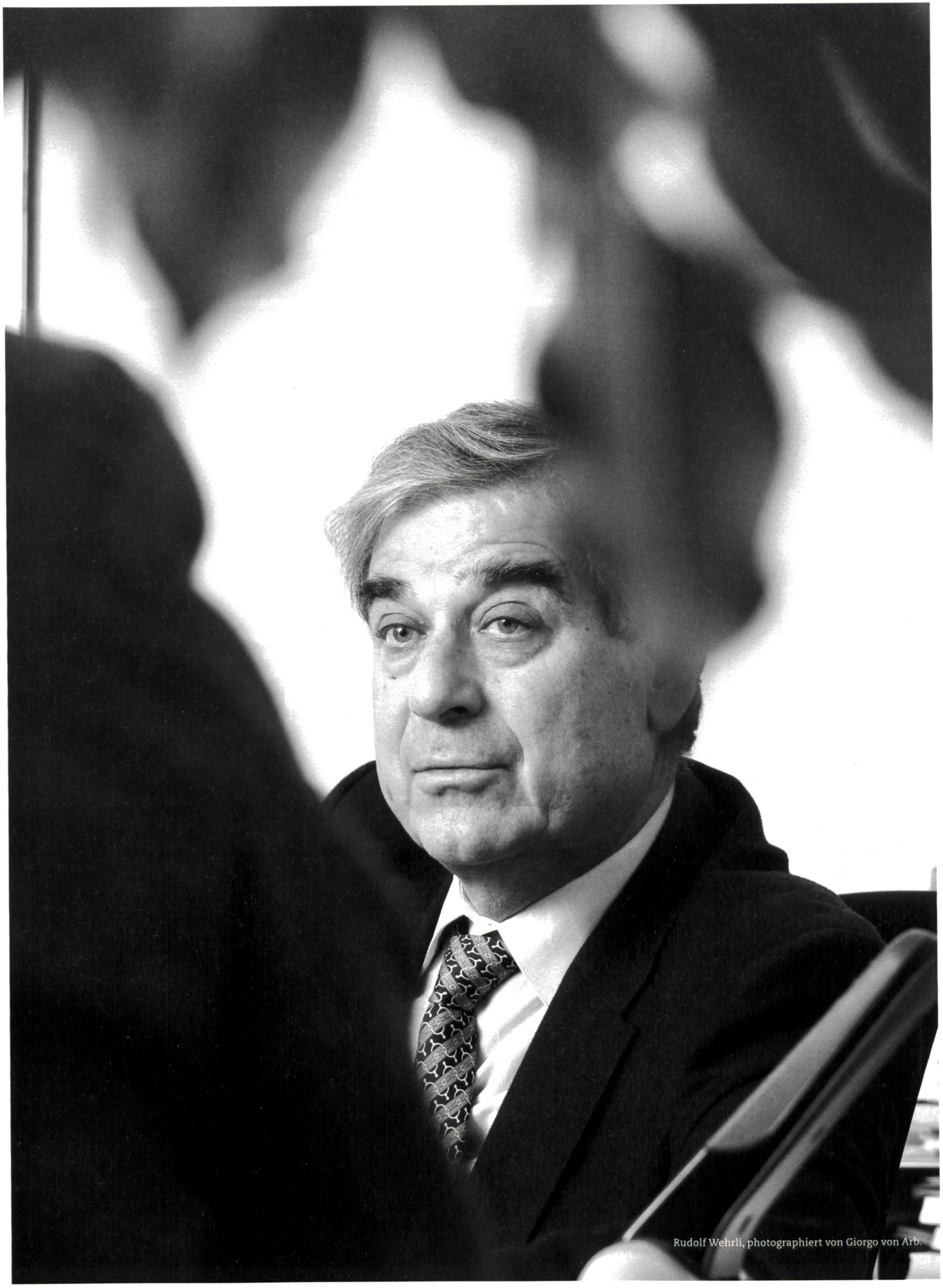
Vor dem Hintergrund dieses Bewusstseins – zumal in den Bergregionen – ist es wohl kein Zufall, dass die Schweiz im Jahre 1876 das erste Forstgesetz erlässt, mit dem Ziel, der ungezügelten Abholzung Schranken zu setzen und den Gebirgswald auch für die Zukunft zu schützen. Es mag auch ein später Nachklang dieses Bewusstseins gewesen sein, der vor dreissig Jahren viele Zeitgenossen mit grosser Sorge um das Waldsterben erfüllte.

Bis dahin allerdings waren in der Aufbau- und Wachstumsphase nach dem Zweiten Weltkrieg Umweltschutzgedanken in den Hintergrund gerückt. Zwar hatte der Club of Rome 1972 die «Grenzen des Wachstums» thematisiert, die kurz darauf folgende Rezession der Jahre 1974/75 verlangte aber in den westlichen Industriestaaten gebieterisch neues Wachstum und liess dessen Grenzen vergessen. Erst der Bericht der Brundtland-Kommission im Jahre 1987 setzte das Thema wieder auf die Agenda – und diesmal in einer erweiterten, präzisen, heute und für alle Zeiten gültigen Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit: «Nachhaltig ist eine Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.»

Damit war Nachhaltigkeit von ihrer eindimensionalen Ausrichtung auf den Umweltschutz befreit und erweitert auf ein allumfassendes Konzept, in dem die ökonomische Perspektive gleichwertig neben die soziale und die ökologische tritt. Dieser Dreiklang der Nachhaltigkeit macht deutlich, dass ökologische Nachhaltigkeit nicht ohne die ökonomische und soziale zu haben ist – und umgekehrt. Die drei sind nicht allein gleichwertig, sondern hängen auch aufs engste miteinander zusammen. Auf der Basis dieser umfassenden und gültigen Definition sollen die folgenden Überlegungen entwickelt werden.

3. Nachhaltigkeit ökonomisch

Bei der Erfüllung der Bedürfnisse der heutigen Generation sollen also auch die Bedürfnisse der kommenden Generationen



Rudolf Wehrli, photographiert von Giorgo von Arb.

RUHE & REGENERATION
MIT DEM WINTER SPECIAL

Gönnen Sie sich ein einzigariges Spaerlebnis kombiniert mit kuscheligen Nächten und kulinarischen Höhenflügen. Das Winter Special vereint Entspannung und Genuss in einem dreitätigen Aufenthalt. All unsere Hotel Specials sind auch als Geschenkgutschein erhältlich - mehr Informationen auf www.seerose.ch

SEEROSE RESORT & SPA
eintauchen am Hallwilersee

T + 41 56 676 68 68
www.seerose.ch
www.balancehotels.ch

im Auge behalten werden. Gegen diesen elementaren Grundsatz – negativ formuliert: den späteren Generationen ihre Lebensmöglichkeiten nicht zu nehmen – wird allerdings in der heutigen Welt auf breitester Front verstossen, in ökonomischer Hinsicht in nicht geringerem Masse als in ökologischer. Während letzteres im gesellschaftlichen Bewusstsein mindestens der Industriestaaten wenigstens zum Teil anerkannt ist, ist die ökonomische Dramatik der fehlenden Nachhaltigkeit noch nicht einmal als Problem erkannt, schlimmer noch, sie wird im politischen Diskurs von fast allen Parteien verdrängt und verleugnet. Nachzuweisen ist dieser Befund in drei zentralen Bereichen: der ausser jeder Kontrolle geratenen Staatsverschuldung, der Aushöhlung der Sozialsysteme und der Verdrängung langfristiger Investitionsausgaben durch kurzfristige Konsumausgaben. In nahezu sämtlichen OECD-Staaten übersteigt die Staatsverschuldung das Mass dessen, was – notabene im Konsens von Ökonomen und Politikern – als nachhaltig vertretbar festgelegt wurde, nämlich 60 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Jahres. Das ist nicht allein deswegen so beunruhigend, weil der Staat an den Finanzmärkten als grösster Schuldner auftritt und damit Mittel im grossen Stil an sich zieht, die für die wirtschaftliche und innovative Entwicklung der Zukunft fehlen, sondern es ist auch insofern dramatisch, als ein immer grösserer Anteil des jährlichen Steuerertrages zur Bedienung der angehäuften Schulden aufgewendet werden muss. Selbst in der heutigen Tiefzinsphase beanspruchen Zinszahlungen in vielen Ländern 10 bis 20 Prozent der Staatseinnahmen, ohne dass ein einziger Euro oder Dollar, ein einziges Pfund zurückgezahlt worden wäre. Sogar als solide geltende Staaten wie Deutschland (der Einäugige unter den Blinden!) müssten bei einer Rückkehr zu historisch üblichen Zinsen bis zu einem Viertel ihrer Steuererträge für Zinsen aufwenden. Es liegt auf der Hand, dass damit kommenden Generationen Lebensmöglichkeiten, mithin die Erfüllung von Bedürfnissen genommen werden, die von der heutigen Generation für selbstverständlich gehalten und über Schulden finanziert werden. Nachhaltig ist das in keiner Weise!

Genauso wird der Grundsatz der Nachhaltigkeit in den Sozialwerken verletzt, und zwar auch von Staaten wie der Schweiz, denen es gelingt, bei der Staatsverschuldung Mass zu halten. Das gilt in allererster Linie für die umlagefinanzierten Rentensysteme, die alle mit dem Demographieproblem konfrontiert sind, das bis anhin nicht gelöst werden konnte, auch da nicht, wo das Rentenalter erhöht wurde. Letzteres ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, ein Monat pro Jahr genügt aber nicht, da das Durchschnittsalter in den entwickelten Ländern mehr als einen Monat pro Jahr steigt.

Aber auch die grundsätzlich sicheren, auf Deckungskapital basierenden Systeme wie jenes der schweizerischen Pensionskassen sind nicht nachhaltig, solange Umwandlungssatz und technischer Zinssatz in unrealistischer Höhe bleiben. Weil es bis anhin nicht gelungen ist, diese Schlüsselwerte im politischen Prozess auf eine realitätsgerechte Basis zu bringen, wird die aktive Generation systematisch enteignet, findet eine kontinuierliche Umverteilung der Kapitalien zugunsten der heutigen Rentnergeneration statt. Die kommenden Rentnergenerationen werden vor ausgehöhlten Kassen stehen und ihre Bedürfnisse nicht mehr erfüllen können, sofern sie nicht privat gespart haben.

Auch in den übrigen Sozialwerken dominiert frivoler Leichtsinn. Die Invalidenversicherung steht beim AHV-Fonds mit 15 Milliarden in der Kreide, und nachdem das Parlament sämtliche Massnahmen auf der Kostenseite wegdebattiert hat, vermag niemand zu sagen, wie diese Schuld jemals wieder getilgt werden kann.

Nicht anders steht es um die Ausgabenüberschüsse der Arbeitslosenversicherung. Und sollte der Vorstoss für eine staatliche Einheitskasse anstelle der privatrechtlich organisierten Krankenkassen erfolgreich sein, wäre abzusehen, dass auch diese in wenigen Jahren im Schuldensumpf versinken müsste! Sie mag bequem sein, diese Vogel-Strauss-Politik, zukunftsfähig ist sie in keiner Weise.

Am wenigsten sichtbar ist die Frivolität in der schleichenden Verdrängung der Investitionsausgaben durch Konsumausgaben des Staates. Jede Gesellschaft ist im Interesse einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung auf Infrastrukturen angewiesen, und es liegt in der Natur der Sache, dass grosse Infrastrukturwerke für Generationen gebaut werden. Der Gotthardtunnel (eröffnet 1882) gehört dazu wie das im wesentlichen vor dem Ersten Weltkrieg (also vor hundert Jahren) fertiggestellte Eisenbahnnetz, die Stauseen der 1950er und 60er Jahre oder die Kernkraftwerke der 1970er Jahre genauso wie das Autobahnnetz oder die Flughäfen Zürich und Genf. Es fällt schwer, solche grossen Infrastrukturwerke, von denen Generationen profitieren, aus den letzten zwanzig Jahren zu nennen. Die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat), gewiss, der Zürcher Tiefbahnhof Löwenstrasse, ja. Aber gerade dieses grosse Bauwerk zeigt die aus den Fugen geratenen Relationen zwischen Investitionen und Konsumausgaben: Die gesamte Investitionssumme von über zwei Milliarden entspricht ziemlich genau den Landwirtschaftssubventionen von 6 Monaten! Kurz, unsere Generation zehrt von den Grossinvestitionen der vergangenen Jahrzehnte, ohne selbst die Verpflichtung wahrzunehmen, für die kommenden Generationen auch Grossbauwerke, Infrastrukturen, die Zeiten überdauernde Investitionen zu schaffen. Leben von der Substanz, wie es die Gegenwart tut, kann nie nachhaltig sein, vielmehr wird es – eher früher als später – an sein Ende kommen.

Leben von der Substanz, wie es die Gegenwart tut, kann nie nachhaltig sein.

4. Nachhaltigkeit sozial

Damit eine Gesellschaft sich sozial nachhaltig entwickelt, braucht sie eine mi-

nimale Kohäsion ihrer unterschiedlichen Gruppen, vor allem aber muss sie sämtlichen Mitgliedern vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten bieten; und diese müssen – und dies ist mindestens so entscheidend – auch als solche wahrgenommen werden. Gewiss verlangt die genannte minimale Kohäsion zuallererst einen gemeinsamen Wertekanon, auch wenn es in Zeiten der Globalisierung und eines immer dominanteren Individualismus immer anspruchsvoller und schwieriger wird, einen solchen zu definieren. Aber gerade deshalb ist ein Konsens unter den gesellschaftlichen Gruppen mindestens in den Bereichen umso wichtiger, in denen sich messbare, objektive Referenzgrössen bestimmen lassen. Dazu gehören erstens der vielbeschworene Generationenvertrag im Rentensystem, im Krankenkassen- und Versicherungswesen, zweitens ein breites Angebot an Bildungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten, drittens ein von der Mehrheit als fair beurteiltes Steuersystem und viertens eine auch sichtbare Verpflichtung vom Schicksal begünstigter Individuen für die Allgemeinheit.

4.1 Generationenvertrag

Nie in der Menschheitsgeschichte gab es eine Generation wie die heute 60- bis 90jährigen, die so gesund, so gut finanziell abgesichert, so alt geworden sind. Und weil das so ist, dürfte man auch annehmen, der jahrhundertealte Generationenvertrag – Junge, Arbeitsfähige und Gesunde sorgen für Alte, Gebrechliche und Kranke – sei intakt. Das ist leider nicht der Fall, denn die herrschende Rentnergeneration profitiert zwar von einem übergreifenden Generationenausgleich, die nächsten Generationen allerdings werden als Ergebnis der oben dargestellten Aushöhlung der Sozialsysteme nicht mehr mit solcher Generationensolidarität rechnen können. Sie sind mit dem harten Faktum konfrontiert, dass eine in historischer Perspektive einmalig privilegierte Generation nicht bloss den eigenen Wohlstand, sondern auch jenen der nächsten Generationen verzehrt und ihnen selbst bloss noch einige Brosamen zurückgelassen hat! Es ist eine Frage der Zeit, bis die jüngere Generation diese ungerechtfertigte Umverteilung realisiert und die Spannungen zwischen den Generationen zunehmen; in jedem Fall aber ist soziale Nachhaltigkeit deswegen in hohem Masse gefährdet.

4.2 Bildungsangebot

Ein zentrales Element von Wohlstand und breiter Beschäftigung in der Schweiz ist das dreistufige Bildungssystem mit Primarschule, Berufsschule/Gymnasium und Fachhochschule/Hochschule. Insbesondere das duale Berufsbildungssystem mit der Lehre in einem Betrieb und begleitender Ausbildung in der Berufsschule eröffnet der überwiegenden Anzahl aller Jugendlichen Berufs- und Lebensperspektiven. Nichts wäre daher verfehlter, als die Maturaquote zulasten der Berufslehre zu erhöhen. Denn es ist die duale Berufsbildung, die den Jugendlichen den Berufseinstieg ermöglicht und damit die Jugendarbeitslosigkeit weit unter dem Durchschnitt der OECD-Länder hält. Weil das gesamte Bildungssystem aber auch in hohem Masse Durchlässigkeit nach oben gewährleistet, eröffnet es Jugendlichen aus allen Bevölkerungsschichten Aufstiegs- und Lebensmöglichkeiten und stellt damit soziale Nachhaltigkeit sicher.

4.3 Steuersystem

Nun heisst allgemeiner Wohlstand und hohe Beschäftigung noch lange nicht Gleichheit von Einkommen und Lebensstandard, weshalb denn auch in allen modernen Staaten ein progressiv aufgebautes Steuersystem die Unterschiede ausgleicht beziehungsweise einebnet. Solche Systeme werden in demokratischen Prozessen erarbeitet und haben deshalb auch die Chance, von einer Mehrheit der Bevölkerung als fair wahrgenommen zu werden. Ausschläge in beide Richtungen, zu starke Einebnung der Einkommensunterschiede genauso wie zu geringer Ausgleich, sind sozialer Nachhaltigkeit auf die Dauer abträglich.

4.4 Individuelle Verpflichtung

Das Glück des Tüchtigen, günstige Umstände fördern zuweilen einzelne Individuen in ausserordentlichem Masse, und daraus ergibt sich dann auch eine ausserordentliche Verpflichtung zugunsten der Gesellschaft. Gerade im Rahmen der Diskussion um Spitzengehälter muss immer wieder festgehalten werden, dass in Europa bedauerlicherweise aus dem angelsächsischen Raum bloss das hohe Gehaltsniveau, nicht aber die damit vor allem in den USA verbundene Grosszügigkeit bzw. Spendierfreudigkeit und das Mäzenatentum übernommen worden sind. Wäre das geschehen, wäre nicht allein der politischen Debatte um die Toplöhne die Spitze gebrochen, sondern auch der sozialen Nachhaltigkeit ein grosser Dienst erwiesen worden.

5. Nachhaltigkeit ökologisch

Dass die Ressourcen unseres Planeten endlich sind, brachte vor vierzig Jahren die erwähnte Schrift des Club of Rome zu den «Grenzen des Wachstums» zum ersten Mal zum Bewusstsein. Das menschliche Streben nach Mehr ebenso wie der Ausbau des Sozialstaates in den Industrieländern liessen dieses Bewusstsein allerdings – zumal in den Rezessionen der 1970er Jahre – wieder in den Hintergrund treten, bis es sich schliesslich, nicht zuletzt unter dem Eindruck der rasanten Industrialisierung einiger Schwellenländer, definitiv Bahn brach und im heutigen politischen Diskurs seinen festen Platz erobert hat. Dass uns keine zweite Welt zur Verfügung steht, deren Rohstoffe wir weiterhin verschwenderisch ausbeuten könnten, dass wir mit den natürlichen Ressourcen wie Wasser und Luft genauso wie mit den begrenzten Rohstoffen wie zum Beispiel den seltenen Erden, fossilen Energien oder Tropenholz sorgfältiger, schonender auch umgehen müssen, wird heute in den entwickelten Ländern breit anerkannt. Die Auseinandersetzung um ökologische Nachhaltigkeit dreht sich – soweit anerkannt wird, dass die Lebensmöglichkeiten und Bedürfnisse der kommenden Generationen nicht weniger berechtigt sind als die unseren – im wesentlichen um die folgenden drei zentralen Fragen: a) Lassen sich wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit miteinander verbinden? b) Falls das möglich ist, lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit der fortgeschritte-

nen Industrieländer aufrechterhalten? c) In welcher Weise lässt sich die politisch proklamierte Energiewende realisieren?

5.1 Wachstum und Verbrauch

Soweit sich die Geschichte der Industrialisierung der vergangenen hundert Jahre verfolgen lässt, entwickelten sich in sämtlichen Ländern Energie- und Ressourcenverbrauch parallel mit der gesamtwirtschaftlichen Leistung und dem damit verbundenen Wohlstand. Da eine freiwillige Reduktion des Lebensstandards bei einer Mehrheit der Bevölkerung wohl kaum zustimmungsfähig ist, steht unsere Gesellschaft und Wirtschaft vor der äusserst anspruchsvollen Aufgabe, Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln, und zwar in doppelter Weise: Es geht darum, wirtschaftliches Wachstum einerseits mit geringerem Ressourcenverbrauch, andererseits auch mit geringerer Umweltbelastung zu erreichen. Gewiss wird seit Jahrzehnten in Wissenschaft und Wirtschaft an diesen Problemen gearbeitet, Ergebnisse sind jedoch noch kaum sichtbar oder werden durch den sogenannten «Rebound-Effekt» neutralisiert, indem beispielsweise die weiterhin schnell wachsende Mobilität die Resultate aller Treibstoffreduktionen auffrisst.

5.2 Wettbewerbsfähigkeit

Zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs lassen sich Steuern und Lenkungsabgaben einführen, wie das beim CO_2-Ausstoss und dem Stromverbrauch in einzelnen Ländern geschehen ist. Bloss handeln sich dann diejenigen, die solche Schritte aus besserer Einsicht tun, im globalen Wettbewerb Nachteile ein, die kaum zu überwinden sind – ganz abgesehen davon, dass die «bessere Einsicht» noch keineswegs rund um den Globus Fuss gefasst hat. Die Geschichte des Kyoto-Protokolls und seiner Fortsetzung in Bali legt davon ein beredtes Zeugnis ab.

5.3 Energie

Nachdem im Rahmen des Kyoto-Prozesses eine massive Reduktion des fossilen Energieverbrauches und des damit verbundenen CO_2-Ausstosses vereinbart worden war, beschlossen die Parlamente in Deutschland und in der Schweiz nach der Katastrophe von Fukushima auch den Ausstieg aus der Kernenergie. Zwei wesentliche Fragen blieben allerdings bis heute unbeantwortet: Wie kann, erstens, die für beide Länder lebenswichtige Exportwirtschaft mit massiv steigenden Energiepreisen und den durch Fördermassnahmen bewirkten Marktverzerrungen wettbewerbsfähig bleiben? Und wie kann, zweitens, bei einem immer höheren Anteil der stochastischen Energieerzeugung (Wind, Sonne, evtl. Gezeiten) eine kontinuierliche Basisversorgung sichergestellt werden? Bis anhin wird nämlich die Energiedebatte allein um Teil 1, die Produktion, geführt. Dabei spielen Teil 2, die effiziente Distribution, und Teil 3, die Speicherung, eine völlig gleichwertige Rolle. Und während die Distribution zwar technisch lösbar ist, allerdings gewaltige Investitionssummen verlangt, ist die Wissenschaft in Teil 3, der effizienten, das heisst hochverdichteten Speicherung von Energie, gemäss übereinstimmenden Schätzungen noch mindestens fünf bis zehn Jahre von industriell realisierbaren Ergebnissen entfernt.

6. Nachhaltigkeit als Leitbegriff

Trotz grosser Skepsis gegenüber dem Begriff der Nachhaltigkeit und seiner Wiederbelebung im links-grünen Umfeld hat er sich heute in weiten politischen Kreisen etabliert und ist auch in der Wirtschaft angekommen. Die eigenen Bedürfnisse derart zu erfüllen, dass auch kommende Generationen ihre Bedürfnisse noch erfüllen können, das war die Definition der Brundtland-Kommission – die heutigen Bedürfnisse also nicht egoistisch zulasten der nächsten Generationen durchzusetzen, sondern nach Lösungen zu suchen, welche Dauer durch Anpassung und Erneuerung erreichen, und dies eben im ökonomischen, sozialen und ökologischen Umfeld. In allen Bereichen sind wir mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert: Zunächst geht es um eine enorm erhöhte Ressourceneffizienz, und zwar sowohl bei den verarbeiteten Rohmaterialien wie auch bei den dabei eingesetzten Verarbeitungsprozessen, es geht um eine massive Verminderung und Vermeidung von Abfällen und nicht zuletzt um eine substantielle Reduktion sämtlicher Emissionen. Allerdings: ohne Wirtschaftsleistung, ohne laufende Erhöhung der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist weder ökologische noch soziale Nachhaltigkeit zu haben. Und gerade deshalb ist es von so zentraler Bedeutung, dass zunächst die ökonomische Nachhaltigkeit die ihr zukommende Bedeutung erhält. Die Schuldenwirtschaft in der noch vor dreissig Jahren führenden, ja mächtigen Triade (USA, Japan, Europa) ist das Gegenteil von nachhaltig. Denn es ist nicht ersichtlich, wie die hochverschuldeten Länder je wieder von ihren Schuldenbergen herunterkommen, es sei denn, die Politik nähme Zuflucht zum süssen Gift der Inflation – also jener Form der Enteignung, von der die Politiker hoffen, dass sie viele nicht bemerken. Die Versuchung, die Schulden wegzuinflationieren, ist latent ebenso gross, wie sie fatal wäre; denn alle historische Erfahrung lehrt, dass unter der Inflation die wirtschaftlich schwachen Schichten der Gesellschaft am stärksten leiden und diese sich dann nicht anders als mit Aufruhr und gewaltsamem Widerstand zu helfen wissen. Fehlende ökonomische Nachhaltigkeit führt also früher oder später auch zur Auflösung und zum Verlust der sozialen Kohäsion, welche erst soziale Nachhaltigkeit konstituieren kann, und fehlende ökonomische Nachhaltigkeit erlaubt nicht, die materiellen Mittel bereitzustellen, welche die Verwirklichung der ökologischen Nachhaltigkeit verlangt. Nachhaltigkeit als wirtschaftlicher und politischer Leitbegriff darf daher nicht irre werden an der Aufgabe, die Interessen gegenwärtiger und zukünftiger Generationen miteinander in Übereinstimmung zu bringen, damit Menschen auf diesem Planeten auch in Zukunft menschenwürdig leben können. ❮

Ohne Wirtschaftsleistung ist weder ökologische noch soziale Nachhaltigkeit zu haben.